

**Antrag an die Stiftung Opferhilfe Niedersachsen auf Gewährung einer
Zuwendung zur Projektförderung**

Stiftung Opferhilfe Niedersachsen
Geschäftsführung
c/o Oberlandesgericht Oldenburg
Richard-Wagner-Platz 1

26135 Oldenburg

1. Antragsteller/in

<Antragsteller/in kann nur eine rechtsfähige steuerbegünstigte Körperschaft sein (=Verein oder Kapitalgesellschaft, der/die ausschließlich und unmittelbar entweder einen gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Zweck im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung verfolgt) oder eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, die die Zuwendung nur zu steuerbegünstigten Zwecken (d.h. gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke) verwendet>

1.1 Name/Bezeichnung:

1.2 Anschrift:

1.3 Ansprechpartner/in (Name/Tel./E-Mail/Fax):

1.4 Bankverbindung (Konto-Nr./BLZ/Kreditinstitut):

1.5 Beschreibung der eigenen Institution:

<z.B. Tätigkeitsgebiete, Schwerpunkte, berufliche Qualifikation der Beteiligte>

2. Projekt/Maßnahme

2.1 Bezeichnung des Projekts und/oder der Maßnahme

<Beschreibung des Vorhabens und der mit ihm verfolgten Ziele und der an das Vorhaben geknüpften Erwartungen>

Ausgangssituation/Methodik/Ziele:

2.2 Durchführungszeitraum/Zeitplan ggf. mit Teilzielangaben:

2.3 Angaben zur Dringlichkeit des Vorhabens:

<An dieser Stelle soll der Zeitpunkt des Projektbeginns näher begründet werden, d.h. gibt es z.B. zwingende Gründe für das genannte Datum wie etwa Anmeldefristen für Fortbildungen, Beginn von Schuljahren etc. oder wäre der Termin auch verschiebbar>

2.4 Antrag auf Ausnahme vom Verbot des vorzeitigen Maßnahmebeginns:

Ich beantrage die Ausnahme vom Verbot des vorzeitigen Maßnahmebeginns zum nach Ziffer 1.3 der VV zu § 44 LHO zuzulassen. Ich bin mir des damit verbundenen Finanzierungsrisikos bewusst. Die Zuwendung kann trotz der Zulassung des vorzeitigen Maßnahmebeginns versagt werden.

3. Begründung

3.1 Notwendigkeit des Vorhabens im Hinblick auf den Opferschutz

3.2 Notwendigkeit der Förderung und der Finanzierung

<u. a.: Eigenmittel, Förderhöhe, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten, Angabe der Finanzierungsart (Fehlbedarfs-, Festbetrag- oder Anteilfinanzierung) anderer Zuwendungsgeber – soweit möglich>

4. Nachhaltigkeit (Perspektiven)

<Das geförderte Vorhaben muss in der Lage sein, sich nach Auslaufen der Förderung selbständig zu finanzieren, sofern im Hinblick auf die allgemeine Zielsetzung des Vorhabens weiterer Finanzierungsbedarf besteht. Weiterer Finanzierungsbedarf besteht in der Regel nicht bei in sich abgeschlossenen Projekten>

5. Evaluation

<Art der geplanten Evaluation, z.B. Erhebung, Abschlussbericht>

6. Erklärungen

Der/die Antragsteller/in erklärt, dass

- a) mit dem Vorhaben noch nicht begonnen wurde und auch vor Abschluss des Fördervertrages nicht begonnen wird,
<Ist mit dem Vorhaben bereits begonnen worden, ist eine Förderung nicht mehr möglich.>

- b) er/sie zum Vorsteuerabzug
 nicht berechtigt ist
 berechtigt ist und dies bei den Ausgaben berücksichtigt hat (Preise ohne MwSt),
- c) die in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) gemachten Angaben vollständig und richtig sind,
- d) er/sie in seiner/ihrer Eigenschaft als _____ rechtsfähig ist,
<einzutragen ist hier die Organisationsform des/der Antragstellers/Antragstellerin aus der sich die Rechtsfähigkeit ergibt, z.B. in seiner/ihrer Eigenschaft als gemeinnütziger Verein>
- e) es sich bei ihm/ihr um eine steuerbegünstigte Körperschaft oder Körperschaft des öffentlichen Rechts handelt und er/sie die Zuwendung nur zu steuerbegünstigten Zwecken verwenden wird,
- f) _____

7. Anlagen

a) Finanzierungsplan

b) _____ <weitere Anlagen wie z.B. Informationsmaterial zu Fortbildungsveranstaltungen>

Ort/Datum

Unterschrift

(Der/die Unterzeichner/in ist zur Vertretung berechtigt.)

Anlage zu Ziffer 7a)

(Im Finanzierungsplan sind die Gesamtausgaben des Vorhabens und deren Finanzierung darzustellen. Falls Sie zum Vorsteuerabzug berechtigt sind, so ist die Umsatzsteuer, die nach § 15 Umsatzsteuergesetz als Vorsteuer abziehbar ist, nicht zuwendungsfähig und ist daher nicht in den Finanzierungsplan mit aufzunehmen.)

Finanzierungsplan*

Bezeichnung des Vorhabens:

Finanzierungszeitraum:

Ausgaben:

Lfd. Nr.	<p><Aufzuführen und zu nummerieren sind hier die einzelnen Ausgabepositionen; Ausgabepositionen können z. B. sein:</p> <p>Ausgaben für Personal/Honorare</p> <ul style="list-style-type: none"> - für welche Leistung? (Tätigkeit skizzieren) – jeweils die Anzahl der Stunden oder Arbeitszeitanteile angeben - wer erbringt die Leistung? (welche Ausbildung hat die Leistungserbringer/in, Vergütungsgruppe oder Stundensatz auf Honorarbasis) <p>Reisekosten</p> <ul style="list-style-type: none"> - Fahrtkosten - Übernachtungskosten <p>Ausgaben für Fortbildung z.B. Teilnehmergebühren</p> <p>Sachausgaben z.B. für</p> <ul style="list-style-type: none"> - allg. Geschäftsbedarf (im Einzelnen benennen) - Telefon - Öffentlichkeitsarbeit u.ä. <p>...></p>	€
	_____	_____ €
	Gesamtausgaben	€

Einnahmen:

1.	Eigenanteil (geldwerter Betrag) <z.B. durch Erhebung von Teilnehmergebühren, Übernahme von Sachausgaben etc.>	€
2.	Leistungen Dritter <z.B. Spenden, nicht öffentliche Zuwendungsmittel>	€
3.	Beantragte/bewilligte öffentliche Fördergelder	€
4.	Höhe der beantragten Zuwendung der Stiftung Opferhilfe Niedersachsen	€

Gesamteinnahmen	€

**Anmerkungen zum Finanzierungsplan:*

- *Die Summen der Einnahmen und Ausgaben müssen ausgeglichen sein.*
- *Ausgaben des laufenden Geschäftsbetriebes können nicht übernommen werden. Ausgaben werden nur dann finanziert, wenn sie durch das Projekt zusätzlich entstehen.*
- *Die Finanzierung muss gesichert sein.*
- *Wenn der Zuwendungsempfänger Ausgaben in den Finanzierungsplan aufnimmt, die er als Eigenleistung übernimmt, muss er die entsprechenden aus dem Budget aufgewendeten finanziellen Mittel auch unter den Einnahmen/Eigenanteil angeben.*
- *Die einzelnen Positionen im Finanzierungsplan sind durch Überschriften so konkret wie möglich zu bezeichnen; Sammelbezeichnungen wie z.B. „Sonstiges“ sind unbedingt zu vermeiden.*